

STELLUNGNAHME zu Antrag

DHH/2025/8004

Vollständiger Verzicht auf die Erstwohnsitzkampagne
Antrag: GRÜNE

Seite HH-Plan	Produktgruppe	Kontierungsobjekt		Plankonto/FiPo
461	5710-800	1.800.57.10.04.01.07		42700000
Aufwand (in Euro)				
2026	2027	2028	2029	2030
-245.000 Euro	-245.000 Euro	-245.000 Euro	-245.000 Euro	-245.000 Euro
Wählen Sie ein Element aus				
2026	2027	2028	2029	2030

Im Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft im September 2025 (2025/0801 „Neue Konzept-Formate, um die Studierendenstadt zu stärken und zu festigen“) wurde der Einsparvorschlag „Reduzierung des Budgets der Erstwohnsitzkampagne“ erläutert. Es wurde dargelegt, dass durch diese Reduzierung eine Fortführung des Formates Erstwohnsitzkampagne nicht möglich ist, da die bisherigen Kampagnenbausteine zu kostenintensiv und schwer austauschbar sowie, isoliert betrachtet, nicht effektiv genug wären. Deutlich gemacht wurde, dass ein gezielter städtischer Fokus auf die Zielgruppe der Studierenden unverzichtbar ist, da sie einen signifikanten und nachhaltigen Beitrag zur positiven Standortentwicklung von Karlsruhe leisten. In aktuellen Ansiedlungsgesprächen werden die Studierenden, als zukünftige top-ausgebildete Fachkräfte, als wichtigstes Ansiedlungsargument genannt. Studierende fördern nicht nur wirtschaftliches Wachstum, sondern auch kulturelle Vielfalt und tragen langfristig zur Weiterentwicklung der Innenstadt bei.

Für die Stadt Karlsruhe ist es entscheidend, sich als attraktive Hochschul- und Studierendenstadt zu positionieren, um auf lange Sicht qualifizierte Fachkräfte aus dem gesamten Bundesgebiet sowie aus dem Ausland zu gewinnen und zu binden, Innovationen zu fördern sowie die wirtschaftliche und kulturelle Attraktivität zu steigern. Im Rahmen dessen hat das Wissenschaftsbüro mit dem verbleibenden Restbudget in Höhe von 245.000 Euro alternative Formate entwickelt, die sowohl den Erhalt der Zielgruppenbindung als auch die Förderung der Stadtidentifikation sowie die Stärkung der studentischen Kultur und die Belebung der Innenstadt zum Ziel haben. Diese Konzepte zählen auf die vom Gemeinderat beschlossene Strategie „Wirtschaftsförderung 2030“ ein, welche eine stärkere Verzahnung von Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur anstrebt und zugleich die Fachkräfteakquise fördert.

Die Verwaltung empfiehlt daher, den Antrag abzulehnen.